

# **Beschlussempfehlung und Bericht**

des Ausschusses für Inneres und Kommunales

ZU:

**Gesetzentwurf der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE - Gesetz zur Regelung der Amtszeiten der Landrätinnen und Landräte vor den allgemeinen Kommunalwahlen im Jahr 2019 (Amtszeitenregelungsgesetz - AmtszeitenRG) - Drucksache 6/6519 vom 02.05.2017**

**Berichterstatter:**

Abgeordneter Sören Kosanke (SPD-Fraktion)

**Beschlussempfehlung:**

Der Landtag möge den Gesetzentwurf in der vom Ausschuss für Inneres und Kommunales beschlossenen Fassung (Anlage 1) annehmen.

**Bericht:****A. Allgemeines**

Der Landtag überwies den Gesetzentwurf der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE für ein Gesetz zur Regelung der Amtszeiten der Landrätinnen und Landräte vor den allgemeinen Kommunalwahlen im Jahr 2019 (Amtszeitenregelungsgesetz - AmtszeitenRG) - Drucksache 6/6519 - in seiner 45. Sitzung am 17. Mai 2017 zur Beratung an den Ausschuss für Inneres und Kommunales.

Der Gesetzentwurf steht im Zusammenhang mit der vom Landtag beabsichtigten gesetzlichen Neugliederung der Landkreise und kreisfreien Städte, die zu den allgemeinen Kommunalwahlen im Jahr 2019 wirksam werden soll (vgl. Drucksache 6/4528-B). Nach dem Gesetzentwurf soll vor den allgemeinen Kommunalwahlen im Jahr 2019 keine Landratswahl nach § 126 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg und § 83 des Brandenburgischen Kommunalwahlgesetzes mehr stattfinden. Der Gesetzentwurf sieht stattdessen vor, dass die Landrätin oder der Landrat auch nach Ablauf ihrer oder seiner regelmäßigen Amtszeit das Amt bis zum Ablauf des Tages der allgemeinen Kommunalwahlen im Jahr 2019 fortführen kann. Stimmt die Landrätin oder der Landrat einer Fortführung des Amtes nicht zu oder endet die Amtszeit aus anderen Gründen vorzeitig, kann der Kreistag die Landrätin oder den Landrat für eine verkürzte Amtszeit bis zum Ablauf des Tages vor den allgemeinen Kommunalwahlen im Jahr 2019 wählen oder die Amtsgeschäfte - mit Ausnahme der Mitgliedschaft im Kreistag - durch die allgemeine Stellvertreterin oder den allgemeinen Stellvertreter wahrnehmen lassen. Durch diese Regelungen soll insbesondere die Zahl der in den Dienst der neu gebildeten Landkreise übertretenden Landrätinnen und Landräte gering gehalten werden.

Der Ausschuss für Inneres und Kommunales befasste sich in seiner 31., 32. und 33. Sitzung mit dem Gesetzentwurf.

**B. Beratung**

Der Ausschuss für Inneres und Kommunales verständigte sich in seiner 31. Sitzung am 11. Mai 2017 - vorbehaltlich der Überweisung des Gesetzentwurfes durch den Landtag - darauf, eine Anhörung zu dem Gesetzentwurf durchzuführen.

An der in der 32. Sitzung des Ausschusses am 8. Juni 2017 stattfindenden Anhörung nahmen Vertreter der kommunalen Spitzenverbände und des Verbandes der Kommunalen Wahlbeamten im Land Brandenburg teil. Als Einzelsachverständige waren Prof. Dr. Thorsten Ingo Schmidt (Universität Potsdam) und Prof. Dr. Klaus Herrmann (DOMBERT RECHTSANWÄLTE) zu der Anhörung eingeladen.

Der Vertreter des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg e. V. führte aus, es sei grundsätzlich üblich und zulässig, dass im Zusammenhang mit kommunalen Gebietsreformen auch Amtszeiten von unmittelbar oder mittelbar gewählten Hauptverwaltungsbeamten verlängert würden. Voraussetzung hierfür sei jedoch, dass die vorgesehene Gebietsreform den Anforderungen der Landesverfassung gerecht werde. Die bisherigen, dem Städte- und Gemeindebund bekannten Planungsstände für eine Kreisgebietsreform erfüllten diese Voraussetzung nicht. Der Städte- und Gemeindebund plädierte vor diesem Hintergrund dafür, Regelungen zu den Amtszeiten ausschließlich im zu erwartenden Kreisneugliederungsgesetz zu treffen.

Der Landkreistag Brandenburg e. V. erklärte, bei einer Kreisneugliederung handele es sich um eine besondere Situation, die auch besondere Maßnahmen rechtfertige. Die mit dem Gesetzentwurf verfolgte Zielsetzung einer möglichst unkomplizierten, praktikablen und gleichzeitig verfassungskonformen Regelung für den Fall des Endes der Amtszeit eines Landrates vor den allgemeinen Kommunalwahlen im Jahr 2019 sei ausdrücklich zu begrüßen. Die mit dem Gesetzentwurf eröffneten Handlungsalternativen seien klar und praktikabel gestaltet, sodass auch die gebotene Rechtssicherheit geschaffen werde. Der Landkreistag Brandenburg e. V. regte eine genauere Betrachtung im Hinblick auf die in § 1 Satz 3 und § 2 Satz 4 des Gesetzentwurfes enthaltene Verweisung auf § 122 Absatz 3 des Landesbeamtengesetzes an. Die insoweit vorgesehene Rechtsgrundverweisung könne im Einzelfall zu unbilligen Härten führen und gegen das Gebot der Gleichbehandlung in der gegebenen konkreten Sondersituation verstoßen. Es sei deswegen angezeigt, unmittelbar auf die Rechtsfolge des § 122 Absatz 3 des Landesbeamtengesetzes zu verweisen.

Auch der Sachverständige Prof. Dr. Schmidt (Universität Potsdam) hielt den Gesetzentwurf für gerechtfertigt. Nach der Kreisneugliederung gebe es mehr Landräte als Landkreise. Mit dieser Situation müsse rechtsstaatlich einwandfrei und pragmatisch sinnvoll umgegangen werden. Zwar wäre es grundsätzlich vorzugswürdig gewesen, das Gesetz zur Amtszeitenregelung in enger zeitlicher Verbindung mit dem vorgesehenen Kreisneugliederungsgesetz zu beschließen. Im Hinblick auf die anstehenden Landratswahlen in einigen Landkreisen sei es aber erforderlich, den Gesetzentwurf zeitlich vorzuziehen. Die vorgesehenen Übergangsfristen seien seines Erachtens im Grundsatz angemessen.

Prof. Dr. Herrmann (DOMBERT RECHTSANWÄLTE) kritisierte den Gesetzentwurf dahingehend, dass dieser bis zur Verkündung eines Neugliederungsgesetzes auf alle Landkreise Anwendung finde. Der durch den Gesetzentwurf bewirkte Eingriff in die Periodizität des Wahlamtes sollte auf diejenigen Landkreise beschränkt werden, die nach dem gegenwärtigen Planungsstand von der Kreisgebietsreform voraussichtlich betroffen würden. Im Übrigen stelle der Gesetzentwurf sinnvolle Instrumente bereit, um in einer Übergangszeit eine funktionale Leitung der Verwaltung sicherzustellen.

Für den Verband der Kommunalen Wahlbeamten im Land Brandenburg stellte der Gesetzentwurf den gelungenen Versuch dar, eine sachgerechte Abwägung zwischen den Interessen der Steuerzahler an einer Begrenzung der Zahl der in den Dienst der neu gebildeten Landkreise übertretenden Landräte und dem Interesse an der Aufrechterhaltung

der Handlungsfähigkeit der Verwaltung vorzunehmen. Der Verband bat darum, im weiteren Reformprozess die Versorgungsfragen der betroffenen Kolleginnen und Kollegen gerecht zu regeln. Durch die Reform würden Wahlbeamte negativ betroffen, ohne dass sie sich etwas zu Schulden kommen lassen hätten.

Wegen des Anhörungsergebnisses wird im Übrigen auf das in der Parlamentsdokumentation einsehbare Protokoll der Anhörung (P-AIK 6/32) verwiesen.

Zu der abschließenden Beratung des Gesetzentwurfes in der 33. Sitzung des Ausschusses am 22. Juni 2017 lag ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE vor. Der Änderungsantrag zielt darauf ab, durch einen neu eingefügten § 1 (Ziel des Gesetzes) einen klaren Bezug zur Kreisgebietsreform als Grund für die Regelung der Amtszeiten herzustellen. Der Änderungsantrag greift im Übrigen die Anregung aus der Anhörung auf, bei den im Gesetzentwurf enthaltenen Verweisungen auf § 122 Absatz 3 des Landesbeamtengesetzes lediglich auf die Rechtsfolge der Norm zu verweisen.

Die CDU-Fraktion führte aus, dass eine Einschränkung der Direktwahl der Landrätinnen und Landräte, die Folge des Gesetzentwurfes sei, nicht in Betracht käme. Die Fraktion werde den Gesetzentwurf ablehnen.

Die AfD-Fraktion schloss sich der Auffassung der CDU-Fraktion an.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erklärte, der vorliegende und zur Abstimmung stehende Gesetzentwurf regle die Amtszeiten der Landrätinnen und Landräte in einer Übergangsphase bis zur beabsichtigten Neugliederung der Landkreise im Jahr 2019. In Übereinstimmung mit dem Anhörungsergebnis halte die Fraktion die Regelungen des Gesetzentwurfes für sachgerecht. Der vorliegende Änderungsantrag greife zudem sinnvolle Anregungen aus der Anhörung auf. Die Fraktion werde dem Änderungsantrag und dem geänderten Gesetzentwurf zustimmen. Die erstmalige Wahl der Landrätin oder des Landrates nach der Kreisneugliederung betreffe einen anderen Sachverhalt. Die im Entwurf des Kreisneugliederungsgesetzes beabsichtigte Aussetzung der Direktwahl sei strikt abzulehnen und werde auf entschiedenen Widerstand der Fraktion stoßen.

Die SPD-Fraktion und die Fraktion DIE LINKE hoben hervor, dass die Kritik der CDU-Fraktion nicht durch das Anhörungsergebnis gedeckt sei. Soweit die Anzuhörenden Änderungen angeregt hätten, würden diese durch den Änderungsantrag aufgegriffen.

Die Gruppe BVB/FREIE WÄHLER betonte ihre grundsätzliche Ablehnung des Neugliederungsvorhabens sowie ihre grundsätzliche Befürwortung der Direktwahl der Landrätinnen und Landräte. Vor diesem Hintergrund bestehe für die Gruppe keine Veranlassung, dem vorliegenden Gesetzentwurf, der im Vorgriff auf die Kreisneugliederung erfolge, zuzustimmen.

Im Ergebnis der Beratungen wurde der Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und AfD sowie der Gruppe BVB/FREIE WÄHLER angenommen.

Der Ausschuss für Inneres und Kommunales stimmte abschließend mit gleichem Stimmernergebnis dafür, dem Landtag die Annahme des Gesetzentwurfes in geänderter Fassung zu empfehlen.

**Anlagen**

Anlage 1: Synopse

Anlage 2: Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE

**Gesetzentwurf der SPD-Fraktion und  
der Fraktion DIE LINKE**

**Beschluss des Ausschusses für In-  
neres und Kommunales**

**Gesetzentwurf für ein**

**Gesetzentwurf für ein**

**Gesetz zur Regelung der Amtszeiten  
der Landrätinnen und Landräte vor  
den allgemeinen Kommunalwahlen  
im Jahr 2019**

**Gesetz zur Regelung der Amtszeiten  
der Landrätinnen und Landräte vor  
den allgemeinen Kommunalwahlen  
im Jahr 2019**

**(Amtszeitenregelungsgesetz – Amts-  
zeitenRG)**

**(Amtszeitenregelungsgesetz – Amts-  
zeitenRG)**

**Vom ...**

**Vom ...**

Der Landtag hat das folgende Gesetz  
beschlossen:

Der Landtag hat das folgende Gesetz  
beschlossen:

§ 1

**Ziel des Gesetzes**

Aufgrund der Neugliederung der Land-  
kreise und kreisfreien Städte, die vo-  
raussichtlich durch ein Gesetz am Tag  
der allgemeinen Kommunalwahlen im  
Jahr 2019 erfolgen soll, werden mit die-  
sem Gesetz die Amtszeiten der Landrä-  
tinnen und Landräte geregelt, sofern  
diese vor dem Tag der Kommunalwahl  
endet.

**Gesetzentwurf der SPD-Fraktion und  
der Fraktion DIE LINKE**

**Beschluss des Ausschusses für In-  
neres und Kommunales**

**§ 1**

**Ende der Amtszeit der Landrätin o-  
der des Landrates**

Endet die Amtszeit der Landrätin oder des Landrates vor den allgemeinen Kommunalwahlen im Jahr 2019, findet keine Wahl nach § 126 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg vom 18. Dezember 2007 (GVBl. I S. 286), die zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 10. Juli 2014 (GVBl. I Nr. 32 S. 23) geändert worden ist, und § 83 des Brandenburgischen Kommunalwahlgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Juli 2009 (GVBl. I S. 326), das zuletzt durch das Gesetz vom 27. März 2017 (GVBl. I Nr. 6) geändert worden ist, statt. Dies gilt auch in den Fällen eines vorzeitigen Ausscheidens aus dem Amt aus anderen Gründen. Die Rechtsfolge des § 122 Absatz 3 des Landesbeamtengesetzes vom 3. April 2009 (GVBl. I S. 26), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 11. Januar 2016 (GVBl. I Nr. 3 S. 2) geändert worden ist, tritt mit Ablauf der Amtszeit bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen auch ohne Erklärung der Zustimmung nach § 2 Satz 1 ein.

**§ 2**

**Ende der Amtszeit der Landrätin o-  
der des Landrates**

Endet die Amtszeit der Landrätin oder des Landrates vor den allgemeinen Kommunalwahlen im Jahr 2019, findet keine Wahl nach § 126 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg vom 18. Dezember 2007 (GVBl. I S. 286), die zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 10. Juli 2014 (GVBl. I Nr. 32 S. 23) geändert worden ist, und § 83 des Brandenburgischen Kommunalwahlgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Juli 2009 (GVBl. I S. 326), das zuletzt durch das Gesetz vom 27. März 2017 (GVBl. I Nr. 6) geändert worden ist, statt. Dies gilt auch in den Fällen eines vorzeitigen Ausscheidens aus dem Amt aus anderen Gründen. Die Landrätin oder der Landrat tritt mit Ablauf der Amtszeit abweichend von § 122 Absatz 3 des Landesbeamtengesetzes vom 3. April 2009 (GVBl. I S. 26), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 11. Januar 2016 (GVBl. I Nr. 3 S. 2) geändert worden ist, in den Ruhestand, sofern sie oder er das Amt nicht nach § 3 fortführt.

**Gesetzentwurf der SPD-Fraktion und  
der Fraktion DIE LINKE**

**Beschluss des Ausschusses für In-  
neres und Kommunales**

**§ 2**

**Fortführung des Amtes der Landrätin  
oder des Landrates**

Nach Ablauf der Amtszeit nach § 1 Satz 1 führt die Amtsinhaberin oder der Amtsinhaber das Amt mit ihrer oder seiner Zustimmung bis zum Ablauf des Tages vor den allgemeinen Kommunalwahlen im Jahr 2019 im Beamtenverhältnis auf Zeit fort. Die Zustimmung zur Fortführung des Amtes ist schriftlich gegenüber dem Dienstvorgesetzten zu erklären. Führt eine Amtsinhaberin oder ein Amtsinhaber ihre oder seine erste Amtszeit fort, findet nach deren Ablauf § 122 Absatz 6 des Landesbeamtengesetzes Anwendung. Die Rechtsfolge des § 122 Absatz 3 des Landesbeamtengesetzes tritt mit Ablauf des Tages vor den allgemeinen Kommunalwahlen im Jahr 2019 bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen auch ohne Erklärung der Bereitschaft zur Wiederwahl ein.

**§ 3**

**Fortführung des Amtes der Landrätin  
oder des Landrates**

Nach Ablauf der Amtszeit nach § 2 Satz 1 führt die Amtsinhaberin oder der Amtsinhaber das Amt mit ihrer oder seiner Zustimmung bis zum Ablauf des Tages vor den allgemeinen Kommunalwahlen im Jahr 2019 im Beamtenverhältnis auf Zeit fort. Die Zustimmung zur Fortführung des Amtes ist schriftlich gegenüber dem Dienstvorgesetzten zu erklären. Führt eine Amtsinhaberin oder ein Amtsinhaber ihre oder seine erste Amtszeit fort, findet nach deren Ablauf § 122 Absatz 6 des Landesbeamtengesetzes Anwendung. Die Landrätin oder der Landrat tritt mit Ablauf der fortgeführten Amtszeit abweichend von § 122 Absatz 3 des Landesbeamtengesetzes in den Ruhestand.



**Gesetzentwurf der SPD-Fraktion und  
der Fraktion DIE LINKE**

**Beschluss des Ausschusses für In-  
neres und Kommunales**

**§ 3**

**Wahl der Landrätin oder des Landra-  
tes und Wahrnehmung der Aufgaben  
der Landrätin oder des Landrates**

Fehlt es an einer Zustimmung nach § 2 Satz 1 oder endet die Amtszeit aufgrund eines vorzeitigen Ausscheidens aus dem Amt aus anderen Gründen gemäß § 1 Satz 2, kann der Kreistag die Landrätin oder den Landrat für eine verkürzte Amtszeit bis zum Ablauf des Tages vor den allgemeinen Kommunalwahlen im Jahr 2019 wählen. Die Ernennung der Landrätin oder des Landrates erfolgt durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Kreistages; sie oder er unterzeichnet die Ernennungsurkunde der Landrätin oder des Landrates. Erfolgt keine Wahl nach Satz 1, nimmt die allgemeine Stellvertreterin oder der allgemeine Stellvertreter mit Ausnahme der Mitgliedschaft im Kreistag alle gesetzlich zugewiesenen Aufgaben der Landrätin oder des Landrates wahr.

**§ 4**

**Wahl der Landrätin oder des Landra-  
tes und Wahrnehmung der Aufgaben  
der Landrätin oder des Landrates**

Fehlt es an einer Zustimmung nach § 3 Satz 1 oder endet die Amtszeit aufgrund eines vorzeitigen Ausscheidens aus dem Amt aus anderen Gründen gemäß § 2 Satz 2, kann der Kreistag die Landrätin oder den Landrat für eine verkürzte Amtszeit bis zum Ablauf des Tages vor den allgemeinen Kommunalwahlen im Jahr 2019 wählen. Die Ernennung der Landrätin oder des Landrates erfolgt durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Kreistages; sie oder er unterzeichnet die Ernennungsurkunde der Landrätin oder des Landrates. Erfolgt keine Wahl nach Satz 1, nimmt die allgemeine Stellvertreterin oder der allgemeine Stellvertreter mit Ausnahme der Mitgliedschaft im Kreistag alle gesetzlich zugewiesenen Aufgaben der Landrätin oder des Landrates wahr.

**§ 4**

**Anwendungsbereich**

Mit Verkündung eines Gesetzes, durch welches Landkreise am Tag der allgemeinen Kommunalwahlen im Jahr 2019 aufgelöst werden, gelten die §§ 1 bis 3 ausschließlich in den Landkreisen, die aufgelöst werden.

**§ 5**

**Anwendungsbereich**

Mit Verkündung eines Gesetzes, durch welches Landkreise am Tag der allgemeinen Kommunalwahlen im Jahr 2019 aufgelöst werden, gelten die §§ 1 bis 4 ausschließlich in den Landkreisen, die aufgelöst werden.

**§ 5**

**Inkrafttreten, Außerkrafttreten**

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft. Es tritt mit Beginn des Tages der allgemeinen Kommunalwahlen im Jahr 2019 außer Kraft.

**§ 6**

**u n v e r ä n d e r t**





**Landtag Brandenburg**

**Ausschuss für Inneres und Kommunales**

**Änderungsantrag**

der SPD-Fraktion

der Fraktion DIE LINKE

Für die Sitzung des Ausschusses für Inneres und Kommunales am 22. Juni 2017

**Änderungsantrag zum Gesetzentwurf der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE  
– Gesetz zur Regelung der Amtszeiten der Landrätinnen und Landräte vor den  
allgemeinen Kommunalwahlen im Jahr 2019 (Amtszeitenregelungsgesetz -  
AmtszeitenRG), Drucksache 6/6519**

Der Ausschuss für Inneres und Kommunales möge beschließen:

Der Gesetzentwurf wird wie folgt geändert:

1. Es wird folgender neuer § 1 eingefügt:

**„§ 1 Ziel des Gesetzes**

Aufgrund der Neugliederung der Landkreise und kreisfreien Städte, die voraussichtlich durch ein Gesetz am Tag der allgemeinen Kommunalwahlen im Jahr 2019 erfolgen soll, werden mit diesem Gesetz die Amtszeiten der Landrätinnen und Landräte geregelt, sofern diese vor dem Tag der Kommunalwahl endet.“

2. Die bisherigen §§ 1 bis 5 werden §§ 2 bis 6.
3. § 2 Satz 3 wird wie folgt neu gefasst:

„Die Landrätin oder der Landrat tritt mit Ablauf der Amtszeit abweichend von § 122 Absatz 3 des Landesbeamtengesetzes vom 3. April 2009 (GVBl. I S. 26), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 11. Januar 2016 (GVBl. I Nr. 3

S.2) geändert worden ist, in den Ruhestand, sofern sie oder er das Amt nicht nach § 3 fortführt.“

4. § 3 Satz 4 wird wie folgt neu gefasst:

„Die Landrätin oder der Landrat tritt mit Ablauf der fortgeführten Amtszeit abweichend von § 122 Absatz 3 des Landesbeamtengesetzes in den Ruhestand.“

### **Begründung**

**Zu 1.**

Im Rahmen der Anhörung zum vorliegenden Gesetzentwurf wurde empfohlen, im Gesetzestext einen klareren Bezug zur Kreisgebietsreform als Grund für die Regelung der Amtszeiten herzustellen. Dieser Empfehlung soll mit dem neuen § 1 gefolgt werden.

**Zu 2.**

Die Änderung stellt lediglich eine notwendige redaktionelle Anpassung dar.

**Zu 3. und 4.**

Der Landkreistag hat in der Anhörung zum vorliegenden Gesetzentwurf darauf hingewiesen, dass die Kreisneugliederung ein besonderer Ausnahmefall ist. Daher soll der Eintritt der Rechtsfolge von § 122 Abs. 3 Landesbeamtengesetz nicht an das Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen gebunden werden. Diesem Hinweis soll mit den vorgeschlagenen Änderungen gefolgt werden.

Potsdam,

Daniel Kurth

für die Fraktion der SPD

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

für die Fraktion DIE LINKE